

ZBB 2001, 384

VerbrKrG § 3 Abs. 2 Nr. 2, § 7

„Abhängigmachen“ des Kredits von der Sicherung durch ein Grundpfandrecht i. S. v. § 3 Abs. 2 Nr. 2 VerbrKrG
KG, Urt. v. 14.11.2000 – 4 U 6588/99, WM 2001, 1859

Leitsätze:

- 1. Die Bank verletzt keine vorvertragliche Aufklärungspflicht gegenüber dem Kreditnehmer, wenn sie nur unzureichende Selbstauskünfte des Kreditnehmers einholt, die Bedienung eines Vorkredits nicht überprüft und auch keinen aktuellen Grundbuchauszug einholt.**
- 2. Es liegt kein „Abhängigmachen“ des Kredits von der Sicherung durch ein Grundpfandrecht i. S. v. § 3 Abs. 2 Nr. 2 VerbrKrG vor, wenn die Bestellung des Grundpfandrechts erst für die Auszahlung des Kredits und nicht schon für den Abschluss des Kreditvertrags erforderlich ist.**
- 3. Eine vom Kreditnehmer erklärte „Kündigung“ kann als Widerruf i. S. v. § 7 Abs. 1 VerbrKrG ausgelegt werden, weil sich daraus hinreichend ergibt, dass er den Vertragsschluss nicht gegen sich gelten lassen will.**